

## Die Dispens vom kirchlichen Aufgebote.

Von einem practischen Seelsorger.

---

Die öffentliche Verkündung bevorstehender Ver-  
ehelichungen und zwar von der Kanzel beim Haupt-  
gottesdienste an drei aufeinander folgenden Sonn- oder  
Feiertagen, das kirchliche Aufgebot genannt, ist,  
wie schon der Name anzeigt und die Kirchengeschichte  
beweiset, eine kirchliche Anordnung. Schon bei der all-  
gemeinen Synode im Lateran im J. 1215 geschieht da-  
von Erwähnung als eines hie und da vorkommenden  
Gebrauches, dessen Herhaltung anbefohlen wird; denn es  
heißt c. 51: „Specialem quorundam locorum consue-  
tudinem ad alia generaliter prorogando statuimus, ut  
cum matrimonia fuerint contrahenda, in ecclesiis per  
presbyteros publice praeponantur competenti termino  
praefinito, ut infra illum, qui voluerit et valuerit, le-  
gitimum impedimentum opponat.“ Noch bestimmter wird  
dieses Aufgebot im concilio Tridentino vorgeschrieben  
und zwar Sess. 24 de reform. matrim. c. 1 mit den  
Worten: „Matrimonium ter a proprio contrahentium  
paracho tribus continuis diebus festivis in ecclesia inter  
missarum solemnias publice denunciatur, inter quos ma-  
trimonium sit contrahendum.“



Daß die Kirche, sowie bei allen ihren Einrichtungen und Vorschriften, also auch bei dieser eine weise Absicht werde gehabt haben, läßt sich voraussetzen, findet sich aber im oben citirten Canon deutlich ausgedrückt, indem gesagt wird: „Proponantur matrimonia, ut, qui voluerit et valuerit, legitimum impedimentum opponat.“ Die Entdeckung etwa vorhandener Hindernisse zu veranlassen, ist also der ausgesprochene Hauptzweck des Aufgebots, wodurch sich dasselbe schon als sehr nützlich erweist, wenn man die Folgen bedenkt, welche ein erst nach geschlossenem Ehebunde kund gewordenenes Hinderniß nach sich zieht. Nebstdem wollte aber gewiß die Kirche — diese um das wahre Wohl ihrer Kinder stets besorgte Mutter — den in den Ehestand Tretenden durch die Brautzeit eine angemessene Frist verschaffen, um über den vorhabenden wichtigen Schritt reiflich nachdenken, mit Gott und guten Menschen sich berathen, und auch über den gewählten Gegentheil, dessen Verhältnisse, Gemüthsart u. s. w. die nöthigen Erkundigungen einziehen zu können. Wenn man weiß, mit welcher Hast gar oft besonders auf dem Lande junge Leute, die einander vorher gar nicht oder nur wenig kannten, bloß nach Gutdünken und auf Veranstaltung dritter Personen, in den Brautstand versetzt werden, so wird man schon deßhalb den großen Nutzen dieser Brautzeit zugeben müssen. —

Da nun, wie gezeigt worden, dieses Aufgebot kirchlichen Ursprungs ist, so sollte man glauben, daß die Kirche auch das Recht haben müsse, aus wichtigen Gründen von demselben zu dispensiren, d. h. die dreimalige Verkündung ganz oder zum Theil zu erlassen. Allein im a. h. Ehepatente vom 16. Jänner 1783 §. 33 wurde anders verfügt. Die Brautleute wurden



angewiesen, sich um Nachsicht des Aufgebots an ihre weltliche Behörde zu wenden, als welche dann am 7. Juli d. J. das Kreisamt und respective die Landesstelle bezeichnet wurde, den geistlichen Behörden aber wurde strengstens aufgetragen, die Trauung unweigerlich vorzunehmen, sobald eine solche weltliche Dispens erfolgt seyn würde. (K. K. Verordnung vom 13. Jänner und 1. April 1784). Dieses weltliche Dispensationsrecht in einer ursprünglich kirchlichen Anordnung suchte man aus dem Rechte abzuleiten, welches der Staat sich ausschließlich vindicirte, trennende Ehehindernisse aufzustellen. Die Kirche, sagte man, hat beim Aufgebote gar kein Interesse, da dasselbe nur die Entdeckung trennender Ehehindernisse bezweckt, welche die Kirche nichts angehen. Das Aufgebot geschieht also nur um des Staates Willen, folglich hat auch nur dieser zu beurtheilen, ob eine Dispens erfolgen könne oder nicht. S. Dolliners Eherecht. Wien 1810. 2. B. S. 120.

Solchergestalt wurden der Kirche ihre uralten Befugnisse, das Aufgebot betreffend, entzogen, wiewohl die Ordinariate es nicht an triftigen Gegenvorstellungen fehlen ließen. Doch der Wahrheit zur Steuer muß man eingestehen, daß die österreichische Staatsverwaltung bei der Ausführung ihrer Verordnungen, welche in die kirchliche Sphäre oft hart eingriffen, meistens eine mildere Praxis vorwalten ließ. Dieß geschah nun auch bei den Aufgebot-Dispensen. Der Kirche wurde einiges Recht dabei mitzusprechen eingeräumt; denn die politischen Behörden verlangten von den Parteien, welche eine solche Nachsicht wünschten, ein schriftliches, von ihrem Seelsorger gefertigtes, und somit als wahr bestätigtes Gesuch, ohne welchem sie abgewiesen wurden. (Verordn. v. 10. December 1807.) Dieses Ver-



fahren hatte die gute Folge, daß solche Dispensen nur selten und nicht ohne wichtige Gründe begehrt wurden, das Aufgebot daher an seinem Ansehen beim Volke nichts verlor und die heilsamen Zwecke desselben erreicht werden konnten.

Wie verlautet, werden eben jetzt in Wien über ein neues Ehegesetz Verhandlungen gepflogen, und es läßt sich mit Grund hoffen, daß der Kirche dabei auch ihr Recht in Bezug auf das Aufgebot werde zurückgestellt werden. Allein bis zu diesem glücklichen Zeitpunkte muß man nur wünschen, daß auch die neuen politischen Behörden bei der Ertheilung der Aufgebotsdispensen die bisherige Praxis aufrecht erhalten möchten. Würde man sich hingegen mit einem bloß mündlichen Gesuche ohne weitere Umfrage bei den betreffenden Seelsorgern begnügen, so dürften die schädlichen Folgen eines solchen Verfahrens nicht lange auf sich warten lassen. Die Verkündungen mit Dispens und zwar gleich von 2 Aufgeboten würden bald überhand nehmen, die Regel würde zur Ausnahme werden und das kirchliche Aufgebot unter dem Volke all' sein Ansehen und seine Wirksamkeit verlieren. Daß durch eine solche Uebereilung die Zahl glücklicher Ehen, an welchen doch dem Staate so sehr als der Kirche gelegen seyn muß, nicht würde vermehrt werden, ist leicht denkbar. —

Um nun dieser dem kirchlichen Aufgebote drohenden Gefahr nach Möglichkeit zu begegnen, glaubt der Verfasser als ergrauter Seelsorger, ohne anmaßend zu scheinen, seinen jüngeren Amtsbrüdern folgendes Verfahren anrathen zu dürfen. Suchen wir die Brautleute schon bei der Religionsprüfung über den Ursprung, Zweck und Nutzen des Aufgebots zu belehren und es ihnen begreiflich zu machen, daß sie feh-



len und die Kirche in ihrem Rechte beeinträchtigen, wenn sie ohne wichtige Gründe sich eine Dispens erschleichen, helfen diese Vorstellungen nicht, so wenden wir uns unter Berufung auf den bisherigen heilsamen Gebrauch an die politischen Behörden selbst mit der bescheidenen Bitte, denselben beibehalten zu wollen, indem sie nur dadurch sich vor Täuschung und Mißbrauch ihres Dispensationsrechtes sicherstellen können. —

## Kirche und Kerker.

Ein Schattenspiel für die Christen und Humanisten unserer Zeit.

Von F. E. Max. Besser.

(Schluß.)

Doch wenden wir uns nun zu den Ausartungen hinüber in Bezug auf das Eigenthum. Der Communismus ist das Streben von Millionen geworden, und das nicht bloß in Frankreich, nein, Propaganda, Clubs und Presse haben reichlich dafür gesorgt, daß allenthalben schon die teuflische Lehre: „Eigenthum ist Sünde,“ in Vieler Herzen als Hauptgrundsatz der Modereligion hineingetrichtert worden ist. Hiedurch sind Diebstahl und Raub der Sündhaftigkeit entbunden und für wahre Zeitungen erklärt worden. Das ist wahr, der dormalige Weltgeist ist ein höchst nobler, und darum Unzähligen ein willkommenener Geist. Man mag ihn preisen! Er weist den Leuten die Wege, wie sie bequem und ohne Mühe und Arbeit theilen und leben können.